Hansestadt LÜBECK

► Nr. VO/2015/02887
öffentlich

Lübeck, 21.07.2015

Vorlage

Verantwortliche Bereiche:
2.500 - Soziale Sicherung

Bearbeitung: Inge Schröder (E-Mail: inge.schroeder@luebeck.de Telefon: 122-4671)

ALT-DRUCKSACHE 492 zu TOP 4.6 vom 29.03.2012 "Umsetzungsstand der UN-Behindertenrechtskonvention in den Fachbereichen der Verwaltung der Hansestadt Lübeck"

Beratungsfolge:

Datum	Gremium	Status	Zuständigkeit
01.09.2015	Senat	Nichtöffentlich	zur Senatsberatung
06.10.2015	Ausschuss für Soziales	Öffentlich	zur Vorberatung
10.11.2015	Hauptausschuss	Öffentlich	zur Vorberatung
26.11.2015	Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck	Öffentlich	zur Entscheidung

Beschlussvorschlag:

Dieser Bürgerschaftsauftrag wird mit dem Beschluss der Lübecker Bürgerschaft vom 18.09.2014 (Vorlage - VO/2014/01965) zur Erstellung eines „Teilhabeplan von und für Menschen mit Behinderung“ zusammengeführt.

Verfahren:

Beteiligte Bereiche/Projektgruppen: Projektgruppe Behinderte Mitbürger

Ergebnis: Die Bürgerschaftsaufträge sollen sinnvollerweise zusammengeführt werden.

Beteiligung von Kindern und Jugendlichen gem. § 47 f GO ist erfolgt:
- [X] Ja
- [ ] Nein

Begründung: Die Interessen von Kindern und Jugendlichen sind in der Projektgruppe Behinderte Mitbürger durch Behindertenverbände und Vereine vertreten.

Die Maßnahme ist:
- [X] neu
- [ ] freiwillig
- [X] vorgeschrieben durch: UN-Behindertenrechtskonvention

Finanzielle Auswirkungen:
- [X] Nein
- [ ] Ja (Anlage 1)

Begründung:

Am 13.05.2015 hat eine Sondersitzung der Projektgruppe Behinderte Mitbürger stattgefunden. Thema war die Umsetzung des Auftrages der Lübecker Bürgerschaft vom 18.09.2014 (Vorlage - VO/2014/01965) zur Erarbeitung eines Teilhabeplanes von und für Menschen mit Behinderungen.
Die Projektgruppe Behinderte Mitbürger hat dabei unter anderem empfohlen, die Abarbeitung des Auftrags hinsichtlich des Umsetzungsstandes der UN-Behindertenkonvention in den Fachbereichen der Verwaltung der Hansestadt Lübeck nunmehr im Rahmen dieses aktuellen und übergreifenden Bürgerschaftsauftrages zum Thema Inklusion durchzuführen.

Anlagen:
Bürgerschaftsauftrag vom 29.03.2012, TOP 4.6, Drs. 492

Senator Sven Schindler

4. Anträge der Fraktionen

4.6 Umsetzung UN-Behindertenrechtskonvention (am 24.11.2011, TOP 4.44)

Drucksachen Nrn. 492, 670 Protokollauszug und 674 Protokollauszug

Der Bürgermeister wird aufgefordert, der Bürgerschaft schriftlich zu berichten, welche konkreten Schritte und Maßnahmen die Verwaltung der Hansestadt Lübeck unternommen hat, um die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen (UN-Behindertenrechtskonvention) in ihrem Zuständigkeitsbereich umzusetzen. Dabei soll insbesondere berichtet werden,
1. inwieweit in den verschiedenen Fachbereichen der Verwaltung die Forderung der UN-Konvention nach sozialer Inklusion bereits systematisch in den Prozess ihrer Umsetzung einbezogen wird;
2. inwieweit der Behindertenbeirat und die Beauftragten für Menschen mit Behinderung in den Prozess der Umsetzung der UN-Konvention bisher einbezogen sind.

Darüber hinaus wird der Bürgermeister gebeten, darüber zu berichten, welche Schritte unternommen wurden bzw. in der konkreten Planung sind, um den barrierefreien Zugang zu den Linienbussen des Stadtverkehrs (insbesondere für Menschen im Rollstuhl, wie auch für seh-behinderte und blinde Menschen) an sämtlichen Haltestellen des Liniennetzes zu ermöglichen.

Beschluss zu TOP 4.6, Drs. Nr. 492:
Einstimmige Annahme

Der Protokollauszug des Ausschusses für Soziales in der Drs. Nr. 670 wird zur Kenntnis genommen.

Der Protokollauszug des Behindertenbeirates in der Drs. Nr. 674 wird zur Kenntnis genommen.